

MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

6, 7 / 2009

DIE LINKE.-Zeitung für Forst und Umgebung



In ehrendem Gedenken

Unsere Fraktion trauert, sie hat ihr ältestes Mitglied verloren. Am 21. Mai 2009 starb Frau

Christa Kruse

im Alter von 75 Jahren.

Sie war seit 1990 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und gehörte ab 1993 der Fraktion der PDS und später der LINKEN an. Christa Kruse versinnbildlichte den sozialen Charakter unserer Partei, in der sie nie Mitglied war, in besonderer Weise. Ein Leben lang widmete sie sich sozialen Aufgaben.

Als gelernte Krankenschwester und langjährige Leiterin der Fürsorgestelle in Forst hat sie viele Familien betreut und besonders in sozial schwierigen Lagen unterstützt. In einer Zeit, als ein Bekenntnis zur Mitarbeit in einer PDS-Fraktion keine Selbstverständlichkeit war, hat sich Frau Christa Kruse zum sozialen Engagement in unserer Fraktion bekannt.

Als Mitglied des Sozialausschusses und zweimalige Altersvorsitzende der Stadtverordnetenversammlung hinterlässt sie in ihrer 19-jährigen Tätigkeit nachhaltige Spuren.

Ihr Einsatz für das Forster Krankenhaus und weitere soziale Einrichtungen für ältere Menschen und auch für Jugendliche wird nicht in Vergessenheit geraten. Ihre persönliche Kraft im Kampf gegen schwere Erkrankungen und ihr belebender Humor werden uns in Erinnerung bleiben.

Fraktion Die Linke in der SVV Forst

SVV-Splitter



Wann besteht für einen Stadtverordneten eigentlich ein Mitwirkungsverbot? Eigentlich immer dann, wenn er oder seine Familie daraus einen persönlichen Vorteil haben.

Als im September 2008 über den Bürgerentscheid zum Verkauf der Stadtwerke abgestimmt wurde, erkannte der Bürgermeister für drei Stadtverordnete der LINKEN auf Befangenheit, weil sie gleichzeitig Initiatoren des Bürgerbegehrens waren. Dass wir bei dieser Entscheidung keinen persönlichen Vorteil erzielen konnten, spielte keine Rolle. Die gerichtliche Überprüfung dazu steht noch aus, weil Brandenburgische Verwaltungsgerichte Verfahren nicht nach Wochen oder Monaten, sondern erst nach Jahren entscheiden.

Andererseits wirken Mitglieder der CDU-Fraktion permanent an Entscheidungen oder deren Vorbereitung mit, ohne dass jemals ein Einspruch aus dem Rathaus erfolgte, weder vom heutigen Bürgermeister noch von seinem Amtsvorgänger. Da darf Herr Lehmann sich intensiv in den Beschluss zur Übergabe der Kita »Mischka« an die evangelische Kirche einbringen, obwohl seine Frau dort als Erzieherin beschäftigt ist. Herr Lindner kann im Bau- und Planungsausschuss vehement gegen ein Einkaufszentrum in der Skurumer Straße argumentieren, obwohl jeder weiß, dass dies Auswirkungen auf die Vermietung seiner eigenen Immobilie in der Triebeler Straße hat, die von einem Supermarkt genutzt wird. Und natürlich kann Herr Dunkel bei jeder Straßenbauplanung mitsprechen, auch wenn er sich anschließend an Ausschreibungen für den Bau dieser Straße beteiligt.

Wenn die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg auch in Forst für alle Stadtverordneten gilt, dürfte es diese Vorgänge nicht geben. **Ingo Paeschke**
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
in der SVV Forst



Bauch oder Kopf?

Schon lange war die SVV nicht mehr so gut von Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt besucht wie an diesem Freitag (15.6.).

Besonders die Entscheidung zur Kinder-einrichtung »Mischka« interessiert und bewegt viele Eltern. Sie kamen, um ihre Fragen zu stellen, und forderten ein Anhörungs- und Mitspracherecht in dieser Sache. Die Art und Weise allerdings, wie der Stadtverordnetenvorsteher, Herr Tischer, den besorgten Fragestellern antwortete, erinnert an vergangene Zeiten. Bedeutungsvoll und scheinbar überlegen wies er darauf hin, dass schließlich die Stadtverordneten entscheiden und niemand sonst.

Wie müssen sich die Eltern gefühlt haben, so mit ihren Fragen, Problemen und Sorgen zurechtgewiesen und alleingelassen zu werden. Demokratieverständnis sieht anders aus.

Richtig ist, dass es schnell eine Entscheidung zur Kita »Mischka« geben musste.

Grundlage unserer Entscheidung waren folgende Punkte: ➤ S. 2

Spruch des Monats

*»Die Welt ist voll von Leuten,
die Wasser predigen und
Wein trinken.«*

Giovanni Guareschi

Schorschels Stadtgeflüster

Hällöchen, liebe Malxe-Blatt-Leser, im Rahmen des Wettbewerbs »Schöner uns're Abrissflächen und Parkplätze« war ich neulich bei der Übergabe des Parkplatzes an der Steinstraße/Ecke Karlstraße, und während die B-Prominenten sich auf dem Platz gegenseitig beglückwünschten und sich dazu ein Schlückchen gönnten, drängelten sich am Ende der Straße viele Menschen – bestimmt interessierte Forster, die bei der Einweihung dabei sein wollen, so dachte ich! Ich sprach eine Frau an, die mir mit Freudentränen in den Augen erklärte, dass sie stolz auf solche schönen gestalteten Freiflächen sei und alles andere kein Problem wäre. Was bedeuten denn schon soziale Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, Kinderarmut und andere solche Lappalien, wenn man solch schöne Fassaden und einen First-class-Parkplatz hat! Ich wurde sehr still, denn ich merkte, dass die vielen »interessierten Forster« Menschen waren, die bei der Forster Tafel nach Lebensmitteln anstanden, ohne Auto, ohne Sekt, nur mit dem Wunsch, irgendwie zu überleben. In diesem Moment wusste ich, dass auch ich zwei VIP-Karten zu vergeben habe, allerdings nicht für ein Spiel des FC Bayern, sondern für einen mehrstündigen freiwilligen Einsatz bei den fleißigen Akteuren eben dieser Tafel. Am liebsten wäre mir es, wenn sich jemand aus der Heinrich-Heine-Straße melden würde, er müsste es nicht begründen.

Tschüss! Euer Schorschel

Bauch oder Kopf

(Fortsetzung von Seite 1)

- Für den evangelischen Kindergarten musste ein anderes Gebäude gefunden werden, wegen der erheblichen bestehenden baulichen Mängel.
- Wir waren auch bereit, über die Senkung der Überkapazität zu reden.
- Wir sind für den Erhalt der Wahlmöglichkeiten von Eltern, bezüglich eines Trägers mit bzw. ohne Konfession.

Aus unserer Sicht wäre ein Kita-Konzept für die Stadt Forst mit Ausblick und Prognose für die folgenden Jahre Grundlage für eine solche Entscheidung gewesen. Deshalb unser Antrag auf Vertagung bis zur nächsten SVV mit der Aufgabe, ein solches Konzept als Entscheidungsgrundlage vorzulegen.

Leider wurde unserem Antrag nicht gefolgt, sondern mit der politischen Mehrheit in der SVV auf einen Schlag 122 Plätze im Kita-Bereich gestrichen.

Anke Schwarzenberg
Fraktion DIE LINKE in der SVV Forst

Die Landtagskandidatin der LINKEN, Kerstin Nedoma (M.), traf sich am 5. Juni in Begleitung der Forster Ortsvorsitzenden Anke Schwarzenberg und des Forster Fraktionsvorsitzenden Ingo Paeschke (r.) mit dem Vorsitzenden des Kreisbauernverbandes Egon Rattei (l.).



Vielfältige Themen der Landes-, Bundes- und Europaagrarpolitik wurden diskutiert. Ein Rundgang durch die Rinderställe und eine Besichtigung der Biogasanlage in der von Herrn Rattei geführten Agrargenossenschaft Forst schlossen den sehr interessanten Besuch ab.

Mein Standpunkt zur »Hartz-IV-Runde« in Forst

Die Diskussionsveranstaltung am 24. März 2009 bot eine gute Gelegenheit, Rückschau zu halten, wie effektiv zwei Jahre Rechtsberatung zur Hartz-IV-Problematik waren.

Es ist einzuschätzen, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe keineswegs zu einer Vereinfachung der Gewährung von Sozialleistungen und zum Abbau der Bürokratie geführt hat. Das Gegenteil ist der Fall. Die Arbeitslosenhilfe wurde durch Sozialhilfe ersetzt, und damit treten die Probleme, die typisch für die Sozialhilfe waren, verstärkt auf.

Es gab und gibt Beratungsbedarf bei der Erstattung von Wohnkosten für ALG-II-Empfänger. Auch hält die Unterkunftsrichtlinie, die der Landkreis Spree-Neiße bei der Gewährung dieser Leistungen zugrunde legt, einer rechtlichen Überprüfung nicht stand. Ich möchte außerdem

noch einmal darauf hinweisen, dass der Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung nicht die Voraussetzung für den Bezug von ALG II ist. Eine Eingliederungsvereinbarung muss auch ihrem Namen gerecht werden, also auch die Wünsche der Betroffenen berücksichtigen. Wenn der Gesetzgeber im Fall von Sanktionen die Gewährleistung von Sachleistungen normiert, so ist es keineswegs in Ordnung, dass Betroffene an die Tafel, Caritas oder Diakonie verwiesen werden, denn diese Träger sind nicht die Erfüllungshilfen des Eigenbetriebs Grundsicherung im Landkreis Spree-Neiße.

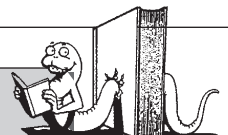
Der Beratungsbedarf ist durch diese umstrittene Arbeitsmarktreform erheblich gestiegen. Das Gesetz ist schlecht gemacht und sollte entsorgt werden, an neuen Beratungsfeldern wird es mir nicht mangeln.

Michael Elte,
Rechtsanwalt

Unser Buchtipps:

Ralph Hartmann:

»DDR-Legenden«



Die Wirtschaft kriselt, aber bei der Erinnerungsindustrie rauchen die Schloten. Heerscharen gut bezahlter Historiker, Publizisten, Fernsehjournalisten, Künstler und Politikwissenschaftler arbeiten an der bundesoffiziellen Darstellung der DDR-Vergangenheit. Ihre Sicht ist, wenngleich einseitig, die einzig zulässige. Abweichende Auffassungen werden nicht akzeptiert.

Ralph Hartmann untersucht in seinem neuen Buch, wer tatsächlich Geschichte klittert und warum und wozu dies geschieht. Vor allem aber macht er deutlich, was da massenhaft verbreitet wird: nämlich Legenden.

A. Konzack

(2009 edition ost im Verlag Das Neue Berlin)

Da mich die Entscheidungen der Stadtverordneten zu dem Problem

Leserbrief

Kita »Mischka« und zum Thema Kreisel am Bahnübergang interessierten, nahm ich wieder einmal als Gast an der letzten SVV teil. Obwohl einiges gewöhnt, hätte ich nicht gedacht, dass meine Kritik schon beim Bericht des Bürgermeisters beginnen würde und musste. Ein Beitrag zur Wahl der Rosenkönigin, ein in diesen auch für Forst schwierigen Zeiten völlig nebensächliches Thema, bildete den Auftakt seiner Ausführungen. Übrig blieb für mich nur die Frage, ob es sich bei 145 freiverkauften und 117 gesponserten Karten sowie bei einem Preis von 2,- Euro für 0,3 l Bier noch um eine echte Veranstaltung für alle Forster handelt!?

Zu wichtigen Themen, wie Arbeitsmarktsituation, Gewerbean- bzw. -abmeldungen oder ärztliche Grundversorgung in Forst, wurde nichts gesagt. Zur Bürgerfragestunde meldeten sich

einige Eltern zu Wort, die das Schließen der Kita »Mischka« nicht ver-

stehen können und sich mit ihren Problemen von Seiten der Stadtverwaltung nicht ernst genommen fühlen, wobei hier nicht nur die fehlende Kommunikation, sondern auch das alternative Überstülpen einer kirchlichen Einrichtung über die Integrationskinder zu kritisieren sind. Trotz Widerstand der Eltern und den Gegenstimmen der Linksfraktion wurde mehrheitlich dem Beschluss zugestimmt, das gleiche gilt für den Kreisel am Bahnübergang, dessen Bau nicht nur für mich eine Verschwendung von Steuergeldern darstellt. Abschließend möchte ich Herrn Tischer, seines Zeichens Stadtverordnetenvorsteher, dringend bitten, sein Verhalten und seine Aussagen gegenüber den Bürgern während der Bürgerfragestunde zu überdenken! Oder ist die Öffentlichkeit doch nicht erwünscht?!

Elke Krättsch

INFO

Die »AG Soziales« des Ortsverbandes DIE LINKE hat sich in ihrer Sitzung am 6. Mai 2009 neu strukturiert.

Den Vorsitz hat Uwe Neuer übernommen, Stellvertreterin ist Doris Dreßler.

Für die Öffentlichkeitsarbeit sind Andreas Beckmann und Uwe Neuer verantwortlich.

Weitere Mitglieder sind Marlies Mudra, Christine Wichmann und Elke Krättsch.

Die nächste Sitzung der AG findet am 8. Juli, um 18:30 Uhr, in den Geschäftsräumen der LINKEN statt.

*E. Krättsch,
Mitglied der »AG Soziales«*



Der Bundesgeschäftsführer meint

Presseerklärung von Dietmar Bartsch zur Europawahl

Im Namen der LINKEN bedanke ich mich bei allen Wählerinnen und Wählern sowie bei allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern, Mitgliedern und Unterstützern für ihren Einsatz bei der Europawahl. Ich freue mich über das gu-

te Ergebnis der LINKEN und weiß, dass wir zu den Parteien gehören, die gewonnen haben und damit weiter eine soziale Politik im europäischen Parlament machen können!

Berlin, 07.06.2009

Öffentliche Veranstaltung

am 16. Juni 2009

um 18:30 im Bürgerzentrum

mit Wolfgang Nešković, MdB, Direktkandidat für den Bundestag in unserem Wahlkreis

zum Thema:

Wirtschafts- und Finanzkrise, welche Konzepte hat DIE LINKE?

Newsletter

Teil 1

Nicht weniger, sondern mehr Umverteilung

»Die Einkommen driften auseinander. Die Vermögen sind ungerecht verteilt. Und die Armut steigt skandalös an. Es ist dringend an der Zeit, der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken. Dafür sind die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und die Ausweitung der Sozialversicherungspflicht erste notwendige Schritte«, so Klaus Ernst anlässlich der Vorstellung der Studie »Soziale Umverteilung in Deutschland« des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln. Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Das Institut der deutschen Wirtschaft macht sich mit seiner Studie zum Handlanger der oberen Zehntausend. Sie suggeriert, dass Besserverdienende ausreichend zum Sozialsystem beitragen. Die Zahlen der Studie belegen aber: je mehr ein Haushalt verdient, desto geringer ist beispielsweise der anteilig gezahlte Sozialversicherungsbeitrag. Es kann nicht sein, dass Beschäftigte mit geringem oder mittlerem Einkommen anteilig mehr Beiträge zahlen.

DIE LINKE fordert, dass die Menschen zu gleichen Anteilen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit zahlen. Dafür muss die

Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft werden. Es ist ungerecht, dass Besserverdienende prozentual weniger belastet werden. Schon die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und die Ausweitung der Versicherungspflicht hätten im Jahr 2007 laut IW Studie 89 Milliarden Euro mehr für die Sozialversicherungen bedeutet. Damit ließen sich Sicherungslücken schließen und Armut bekämpfen.«

04.06.2009 – Klaus Ernst

Die CSU und direkte Demokratie: verbal Ja – real Nein

DIE CSU hat erneut Volksabstimmungen über EU-Themen gefordert. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Das fundamentale NEIN der CDU/CSU zu direkter Demokratie auf Bundesebene ist keine drei Wochen alt. Es entlarvt den Wahlkämpfer Seehofer.

Und es zeigt: Das Verhältnis der CSU zur Demokratie ist zwiespältig funktional. Real Nein, wenn mehr Demokratie die Bürgerinnen und Bürger stärkt. Verbal Ja, wenn es scheinbar der eigenen Partei nützt.

Berlin, den 10. Mai 2009

(Petra Pau ist Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss)

Newsletter

Teil 2

Bespitzelung Erwerbsloser wie bei Schwerverbrechern

»Bürgerrechte müssen auch für Erwerbslose gelten«, so Katja Kipping zur Anweisung der Bundesagentur für Arbeit über Observationen von Hartz-IV-Bezieherinnen und -Beziehern, wonach geheimdienstliche Mittel nun auch bei einem 'Verdacht auf einen besonders schwerwiegenden Leistungsmissbrauch' eingesetzt werden können. Die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Die Bundesagentur für Arbeit nimmt sich jetzt offiziell das Recht heraus, Erwerbslose wie Schwerverbrecher zu behandeln. Auch private Spitzeldienste können dafür eingesetzt werden. Wieder trägt die herrschende Politik mit einer alten Masche ihr totales Versagen auf dem Rücken der Erwerbslosen aus. Deren Recht auf Unantastbarkeit der Privatsphäre und auf informationelle Selbstbestimmung soll damit abgeschafft werden. Dies ist besonders perfide in Zeiten der von der herrschenden Politik selbst verursachten Wirtschaftskrise, die massenhaft Menschen in die Erwerbslosigkeit treibt. Zu begrüßen ist die Initiative des Erwerbslosenforums, ge-

richtlich eine Unterlassung der Bespitzelung von Erwerbslosen zu erwirken. Die Bespitzelung von Erwerbslosen muss sofort aufhören und der Sanktionsparagraf bei Hartz IV abgeschafft werden.«
04.06.2009 – Katja Kipping

Routinierter Populismus

»Die gegenwärtige Gesetzeslage ermöglicht eine angemessene Bestrafung von Gewaltdelikten gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte und gegen alle anderen Menschen«, weist Wolfgang Nešković Forderungen nach speziellen Strafverschärfungen für Gewaltdelikte gegen Polizeibeamte zurück. »Forderungen nach Strafverschärfungen – wie sie in letzter Zeit auch in anderen Zusammenhängen immer wieder erhoben werden – sind inzwischen routinierter Populismus.« Der stellvertretende Vorsitzende und rechtspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE:

»Ein Defizit besteht allerdings bei der Verfolgung von Straftaten in der Polizei, wenn sie im Rahmen von Demonstrationen begangen werden. Weil es noch immer an einer individuellen Kennzeichnungspflicht fehlt, die die Täter identifizierbar macht, können sie im Nachhinein nur schwer ermittelt werden. Auch hiermit sollte sich die Innenministerkonferenz endlich beschäftigen.«

04.06.2009 – Wolfgang Nešković

PINNWAND

Termine

(jeweils 18:30 Uhr
in der Geschäftsstelle Berliner Str. 22)

- Di., 23.06.: Ortsvorstandssitzung
- Di., 30.06.: Fraktionsitzung SVV
- Mo., 03.08.: AG »Malxe-Blatt«
- Di., 21.07.: Ortsvorstandssitzung

Linksruck

Der neu gewählte Bundeskanzlerkandidat der SPD, Yes-we-can-Steuererhöhungen-Steinmeier, verwahrt sich ausdrücklich dagegen, dass der Eindruck entstehen könnte, das Bundestagswahlprogramm der SPD sei ein Linksruck. Mit dieser Befürchtung steht er jedoch ganz alleine da. *Werner Lutz*

Im Namen des Volkes

Das Lieblingspseudonym Angela Merkels für die Bundeskanzlerin: »die Mehrheit der Deutschen«. *WM*

Geburtstage

- 16.06.: 81 Jahre, Genn. Gerda Nitschke
- 17.06.: 66 Jahre, Gen. Joachim Schulz
- 18.06.: 77 Jahre, Genn. Waltraud Borstel
- 26.06.: 75 Jahre, Gen. Wolfgang Mahling
- 28.06.: 73 Jahre, Genn. Rosemarie Bräuer
- 28.06.: 71 Jahre, Gen. Winfried Schubert
- 01.07.: 60 Jahre, Genn. Elke Grenzer
- 07.07.: 81 Jahre, Gen. Werner Cieslack
- 12.07.: 69 Jahre, Genn. Gudrun Ritschel
- 16.07.: 83 Jahre, Gen. Georg Domin
- 24.07.: 92 Jahre, Genn. Elfriede Bonkatz
- 27.07.: 82 Jahre, Genn. Jutta Schmidt
- 27.07.: 69 Jahre, Gen. Wolfgang Spaarschuh
- 27.07.: 68 Jahre, Gen. Günter Schmotz
- 31.07.: 62 Jahre, Gen. Reinhard Albinus
- 09.08.: 77 Jahre, Genn. Edith Witzel
- 10.08.: 71 Jahre, Gen. Gerhard Böcking
- 13.08.: 68 Jahre, Genn. Brigitte Schröder

Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte berät am 15. und 29.06., 6. und 20.7. sowie am 10.8.09, ab 10 Uhr

in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22

Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich
jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 €.



Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.